

die Möglichkeiten der Bespitzelung ausdehnt. Kriegsdienst- und Totalverweigerer werden strafrechtlich verfolgt. Der kalte Krieg wurde in Deutschland beendet, und dafür wurde ein heißer Krieg im Nahen Osten unterstützt. Mein Mitarbeiter, rechts neben mir, wird noch kurz etwas zu den Projekten innerhalb der Umweltbibliothek sagen.

Ich will nur kurz sagen, was eigentlich unsere Besucher oder die Interessierten bei uns nutzen können. Das sind also verschiedene Archive, das Oppositionsarchiv. Da verfügen wir über vielleicht das umfangreichste Archiv von Flugblättern, Informationsschriften, also diese Sammelsatzsachen, die sicherlich auch in anderen Archiven gesammelt werden. Da gibt es auch eine beginnende Zusammenarbeit. Dann ein Zeitungsartikelarchiv. Auch hier läuft sicherlich manches parallel mit ASTAK usw., aber wir haben dann auch zu inhaltlichen Schwerpunkten aktuelle Zeitungsausschnitte gesammelt. Ein Videoarchiv. Da können wir auch Leihgaben der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit in Berlin anbieten, Fernsehmitschnitte und Aufzeichnungen auch von Oppositionsveranstaltungen, z. B. dieser Kirchentag von unten 1987, die vor '89 liefen.

Zur Person Matthias Domaschk, ist vielleicht nicht so bekannt. Das ist auch ein Freund von mir gewesen. Ich habe in Jena gewohnt, und er ist bei der Staatssicherheit ums Leben gekommen. Er ist also ein exemplarischer Fall. Er hat damals bei der Oppositionsbewegung mitgearbeitet, und deswegen haben wir seinen Namen angenommen.

Und das ist das eigentliche Archiv mit den Stasiunterlagen. Da haben wir also Dienstanweisungen, Richtlinien, Propagandamaterial, Hinweise über MfS-Struktur, Schulungsmaterial, also diese Geschichten, die da in den Müllcontainern rumlagen, Befehle, IM-Berichte teilweise usw. Mit Zustimmung der Betroffenen sammeln wir jetzt auch die Akten, die Betroffene jetzt schon selbst bei der Gauckbehörde einsehen und kopieren konnten. Dieses Archiv ist an zwei Tagen in der Woche auch für Besucher geöffnet. Ferner stehen eine Bibliothek mit Fachliteratur, auch über Faschismus und Antisemitismus, sowie ein Vereinscafé zur Verfügung.

Zu den angefragten Problemen: Während die für die Repression in der DDR Verantwortlichen und Funktionierenden weiterhin in ihren Villen mit Seeblick wohnen, steht uns bereits wieder das Wasser bis zum Hals. Noch halten wir uns mittels ein paar ABM-Stellen über Wasser, sporadisch erhalten wir Spenden, z. B. auch von Bundestagsabgeordneten, manche sitzen hier, die von ihren Diäten etwas abgegeben haben. Es hilft schon weiter. Wir schreiben Bettelbriefe, aber unsere finanzielle Situation ist denkbar schlecht. Monatlich betragen die laufenden Kosten etwa 4.000,- DM. Davon sind allein 2.000,- DM für Miete, die bekanntlich noch steigen wird. Der „telegraph“ steht in den roten Zahlen. Ein Rückzug in den Keller scheint bereits unausweichlich. Abgaben aus dem eigenen Einkommen nehmen wir dann noch

zur Finanzierung, also jeder gibt ungefähr 100,- DM noch rein, von seinem eigenen Einkommen, so vorhanden. Wir haben es zwar geschafft, auch ohne ABM-Stellen und ohne Außenfinanzierung, das Projekt Umweltbibliothek aufrechtzuerhalten, aber auch jetzt, nachdem seit 1. Juli ABM-Stellen vom Arbeitsamt bewilligt wurden, ergeben sich neue Schwierigkeiten. Wir haben z. B. keine Zahlungen erhalten seit dem 1. Juli, aber das Problem betrifft auch verschiedene andere Träger. Das ist also ein spezielles Berliner Problem dort. Und es kommt dann dazu, nebenbei ergibt sich der Effekt, daß auch einige unserer Mitglieder ausschließlich mit bürokratischen Verwaltungsaufgaben beschäftigt sind und damit zumindest zeitweise der inhaltlichen Projektarbeit verlorengehen.

Unser Problem ist wie bei den anderen, daß eine Minimalfinanzierung nur eben reicht, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Eine ganze Menge mehr wäre möglich. Neue Bücher müßten gekauft werden, Materialien, Arbeitsgeräte usw. Eigentlich könnte auch unser Projekt nur durch eine rege Finanzierung überleben. Das wäre hier auch unser wichtigstes Anliegen, da nachzufragen, wie kann die Enquete-Kommission das anschieben oder direkt tragen, wie auch immer.

Da kam etwas vom Dachverband. Das würde uns nicht so gefallen. Ich finde es ganz wichtig, daß die Autonomie der Projekte erhalten bleibt. Eine Zusammenarbeit gibt es. Mit Bürgerkomitees treffen wir uns, und natürlich müssen wir uns abstimmen, daß wir kompatible Datenbanksysteme verwenden. Daß vielleicht auch bei uns drin steht, gut, die und die Bücher stehen in Magdeburg, wenn ein Benutzer kommt, daß man da auch verweisen kann. Das wäre der Idealzustand, aber dazu braucht es Gelder, braucht es auch Qualifizierungsmöglichkeiten. Wir haben das ja alle uns selber irgendwie angeeignet. Die anderen hier auch alle, die hier sitzen.

Unabhängiger Verein zur historischen, politischen und juristischen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, Herr Schlanert: Mein Name ist Schlanert. Ich gehöre diesem Verein an. Der Verein hat seinen Sitz in Rostock. Ich bedanke mich, daß ich hier unsere Initiative heute kurz vortragen kann. Viele Dinge sind bereits gesagt, daher möchte ich gleich überleiten in die Schwerpunkte dieses Vereins. Der Verein hat sich zum Ziel genommen, die Berufsverbotspraxis an dem Bereich „Flotte“ in Rostock zu verfolgen. So ein Verein wächst ja mit denen, die ihn gründen, und daher werden auch die Themen bestimmt. Das zweite ist Enteignung, Zwangsverkäufe und die ganzen Grauzonen davor und danach. So gehöre ich z. B. selbst dazu; die Aktion „Rose“ zählt zu meinem Familienschicksal. Soweit ich inzwischen erfahren habe, hat es einen Modellfall vorweg gegeben, der hieß Aktion „Oberhof“. Daraus habe ich Kontakte entwickelt zu anderen, die scheinbar ähnliche Dinge erlitten, die man vorher nicht kannte. Dann werden weiterhin als dritter